

LEITANTRAG
ZUKUNFT FINDET STADT
WIRTSCHAFT, WOHNEN, WISSEN,
WERTE, WOHLFÜHLEN UND ...
WIR-GEFÜHL

KLAUSURTAGUNG DER CDU-FRAKTION BERLIN
SAMSTAG, 21. JUNI 2014

CDU

FRAKTION
BERLIN

1	ZUKUNFT FINDET STADT	
2	Einleitung	4
3	Handlungsfeld Wirtschaft – Mein Berlin: Referenzstadt und intelligente	
4	Stadt	5
5	<i>Zwischenbilanz Wirtschaft.</i>	5
6	<i>Zukunftsorte.</i>	5
7	<i>Referenzstadt Berlin.</i>	6
8	<i>Industrie 4.0.</i>	8
9	<i>Gründerszene.</i>	9
10	<i>W-LAN.</i>	13
11	<i>Klimaneutralität.</i>	13
12	<i>Energetische Sanierung.</i>	14
13	Handlungsfeld Wohnen – Mein Berlin: zu Hause sein.	16
14	<i>Zwischenbilanz Wohnen.</i>	16
15	<i>Neue Räume.</i>	16
16	<i>Wohnquartiere der Zukunft.</i>	17
17	<i>Altersgerechtes Wohnen.</i>	18
18	<i>Familienbaudarlehen.</i>	19
19	<i>Städtebauförderung</i>	19
20	<i>Mobilität.</i>	20
21	Handlungsfeld Wissen – Mein Berlin: schlaue Stadt	21
22	<i>Zwischenbilanz Wissen.</i>	21
23	<i>Familie und Beruf im Einklang.</i>	21
24	<i>Kinder- und Familienfreundlichkeit.</i>	22
25	<i>Schulsystem.</i>	22
26	<i>Bildungszukunft.</i>	23
27	<i>Lehrer als Partner.</i>	24
28	<i>Digitales Lernen.</i>	24
29	<i>Moderne Lehrpläne.</i>	25
30		

31	Handlungsfeld Werte – Mein Berlin: aber sicher!.....	27
32	<i>Zwischenbilanz Werte.</i>	27
33	<i>Sicherheit und Ordnung.</i>	27
34	<i>Kriminalitätsbekämpfung.</i>	28
35	<i>Wertedialog.</i>	28
36	<i>Sauberkeit.</i>	29
37	<i>Finanzen.</i>	29
38	<i>Wachstumsfonds Infrastruktur.</i>	30
39	Handlungsfeld Wohlfühlen - Mein Berlin: Gepflegt in die Zukunft.....	32
40	<i>Zwischenbilanz Wohlfühlen.</i>	32
41	<i>Ärzteversorgung.</i>	32
42	<i>Krankenhausversorgung.</i>	33
43	<i>Pflege.</i>	34
44	Handlungsfeld Wir-Gefühl – Mein Berlin: nicht ohne mich	36
45	<i>Zwischenbilanz Wir-Gefühl.</i>	36
46	<i>Berlin-Forum 2.0.</i>	36
47	<i>Beteiligungsformate.</i>	37
48	<i>Bürgerschaftliches Engagement.</i>	38
49	Mein Berlin – Wirtschaft, Wohnen, Wissen, Werte, Wohlfühlen und ... Wir-	
50	Gefühl	39
51	Zukunft findet Stadt – Mein Berlin. Dein Berlin. Unser Berlin.	41

52 **Vorab**

53 Politik ist häufig geprägt von tagesaktuellen Entscheidungen, einer Flut immer neuer Zah-
54 len und –so zumindest der häufig formulierte Vorwurf- vom ausschließlichen Denken in
55 der Zeitleiste maximal einer Legislaturperiode. Mit dem Papier „Zukunft findet Stadt“
56 grenzt sich die CDU-Fraktion Berlin von diesen Gedanken bewusst ab. Das Papier ist ein
57 Gegenentwurf zum Politikbild des (innerparteilichen) Gezänks, des Klein-Kleins und des
58 Taktierens, das wir nicht zuletzt in Berlin -aktuell aus der Perspektive des Beobachters -
59 zur Kenntnis nehmen.

60 Die CDU-Fraktion Berlin will „Heute schon an Morgen denken!“. Basis dafür ist, in unserer
61 Regierungsarbeit auch weiterhin der wirklich stabile Anker der Koalition zu sein. Die CDU
62 steht auch weiterhin für die Stabilität, von der andere nur reden. Darüber hinaus verge-
63 genwärtigen wir uns, dass die Entscheidungen, die wir heute treffen, für nachfolgende Ge-
64 nerationen und die weitere Entwicklung unserer Stadt von herausragender Bedeutung
65 sind. Wir bauen auf die Gespräche zum Stadtentwicklungskonzept 2030 auf und setzen
66 Prioritäten und Akzente. „Zukunft findet Stadt“ ist nicht allumfassend sondern fokussiert
67 somit auf Kernthemen für Berlin.

68 Die Gegenwart darf niemals den politischen Blick auf die Zukunft verstellen. Das Ergebnis
69 der Volksabstimmung zum Tempelhofer Feld macht den Bedarf zukunftsorientierter und
70 legitimer Handlungstrategien nur noch deutlicher. Die wachsende Stadt ist mehr als
71 die –wenn auch wichtige aber im Ergebnis dennoch- eindimensionale, verengte Debatte
72 zum Wohnungsbau. Unsere Antwort lautet: Wirtschaft als Triebfeder, Wohnen, Wissen,
73 Werte und Wohlfühlen – verbunden mit einem modernen Beteiligungsansatz, einem neu-
74 en Wir-Gefühl.

75 **Einleitung**

76 Große Städte sind die Schrittmacher unserer Gesellschaft. Sie sind gekennzeichnet durch
77 wachsende Einwohnerzahlen, sie ziehen Leistungsträger aus den verschiedensten Regio-
78 nen und Ländern an und wirken wie Magneten.

79 Große Städte sind die Heimat für die Hälfte der Menschheit. Heute schlüssige Gedanken
80 auf die Frage zu entwickeln, wie die Städte der Zukunft aussehen, wie sie funktionieren,
81 wie sich die Gesellschaft verändert, wie Leben und Arbeiten in Zeiten des rasanten techno-
82 logischen Fortschritts korrespondieren, ist die zentrale Aufgabe zukunftsorientierter Met-
83 ropolenpolitik. Dies gilt im Besonderen für eine wachsende Stadt wie Berlin, die sich im-
84 mer stärker als internationale Metropole begreift. Die Herausforderungen Berlins des 21.
85 Jahrhunderts sind das Zusammenbringen von Stadtwachstum, technologischem Wandel
86 und nachhaltiger Entwicklung.

87 Große Städte sind Zukunftsfenster. Mit der intelligenten Stadt der Zukunft leben wir die
88 großstadtpolitischen Themen wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gesellschafts-
89 politische Liberalisierung, großstädtische Mobilität und nachhaltige Stadtentwicklung ge-
90 nau so, wie die entscheidende Frage, nämlich zukunftsorientierte Arbeit und damit Ar-
91 beitsplätze in die Stadt zu bringen.

92 Berlin zu einer Weltmetropole zu entwickeln, in ihrer Bedeutung auf einer Höhe mit New
93 York, Rio de Janeiro, London, Tokio, ist kein realitätsloses Gedankenexperiment. Berlin hat
94 dieses Potential; es gilt, diese Chance zu nutzen und die Potentiale der Stadt durch politi-
95 sche Anstrengungen und gemeinsam mit den Berlinerinnen und Berlinern zu heben.

96 Die Politik ist aufgerufen, den sozialen und demografischen Wandel in den großen Städten
97 zu gestalten. Dieser Verantwortung und Gestaltungsaufgabe nehmen wir uns an. Mein
98 Berlin im Jahr 2025, 2030 und 2050 – Zukunft findet Stadt.

99 **Handlungsfeld Wirtschaft – Mein Berlin: Referenzstadt und intelligente**
100 **Stadt**

101 ***Zwischenbilanz Wirtschaft.***

102 Berlin wird für Gäste immer interessanter, die Übernachtungszahlen sind auf Rekordni-
103 veau. Die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung ist bundesweit spitze, die Konjunk-
104 turprognosen liegen deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Alle 19 Stunden
105 wird in Berlin ein digitales Start-up gegründet, alle zwölf Minuten ein Unternehmen.
106 Dienstleistungsbranchen wachsen und auch die Industrie investiert wieder in Berlin – sei-
107 en es technologiestarke Mittelständler oder internationale Konzerne.

108 Heute kann die Hauptstadt stolz von sich sagen: Die Trendwende ist geschafft. Berlin freut
109 sich über die höchste Beschäftigungsquote seit 20 Jahren und über 40.000 neue sozialver-
110 sicherungspflichtige Jobs in dieser Legislatur. Wirtschaftssenatorin Yzer weist immer wie-
111 der zu Recht und mit Erfolg auf die wirtschaftliche Kraft als Basis für alle weiteren Überle-
112 gungen hin. Beschäftigung spielt in der Stadt der Gegenwart und der Zukunft die zentrale
113 Rolle. Sie ist der Ankerpunkt für Wohlstand und sozialen Frieden. Umso bedeutsamer ist
114 es, das Handlungsfeld Wirtschaft in Überlegungen zum Stadtentwicklungsplan 2030 oder
115 zur Smart City prioritär zu behandeln.

116 ***Zukunftsorte.***

117 Die im Jahr 2012 getroffenen Beschlüsse der CDU-Fraktion zur Nachnutzung des Flugha-
118 fens Tegel als Ort für urbane Technologien stellen auch weiterhin einen Meilenstein für die
119 Entwicklung der Stadt von Morgen dar. Die CDU-Fraktion bekennt sich: sobald der Flugha-
120 fen geschlossen ist, startet die Entwicklung. Wenn notwendig, werden bestehende Finan-
121 zierungen aus dem Landeshaushalt auf die Folgejahre übertragen, um die Investitionen
122 schon heute zu sichern.

123 Die Vernetzung der Wirtschaft mit den Berliner Wissenschafts- und Forschungseinrich-
124 tungen ist insgesamt von besonderer strategischer Bedeutung. Die erfolgreichen Wei-
125 chenstellungen am Standort Adlershof, die Ansiedlung der HTW, außeruniversitärer For-
126 schungseinrichtungen der heute mehr als 1.000 Unternehmen wurden durch CDU-

127 geführte Landesregierungen organisiert. Weitere Beispiele sind das EUREF-Gelände als
128 eine einzigartige Erprobungsplattform für die Entwicklung der verantwortlichen Mo-
129 dellstadt von Morgen oder der CleanTechPark in Marzahn, ein branchenoptimierter In-
130 dustrie- und Gewerbepark speziell für produktionsorientierte Unternehmen der Clean-
131 Tech-Branche. Wir begrüßen die positiven Entwicklungen in Berlin-Buch und die fort-
132 schreitende Vernetzung rund um die Technische Universität. Auch für die Entwicklung im
133 Südwesten der Stadt ist die Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft notwendig. Die
134 Anstrengungen zur Ansiedlung eines Technologie- und Gründerzentrums an der Fabeck-
135 straße werden von der CDU-Fraktion vorbehaltlos unterstützt und die notwendigen Pla-
136 nungen sind bereits im Doppelhaushalt 2014/2015 abgesichert. Nun ist der Senator für
137 Finanzen in der Verpflichtung, den politischen Beschluss schnellstmöglich umzusetzen und
138 nicht weiter auf der Entwicklungsbremse zu stehen.

139 **Referenzstadt Berlin.**

140 Zukunftsfähige Arbeitsplätze, technologische Innovation und eine neue Symbiose aus
141 Wirtschaft und Wissenschaft sind die Triebfedern für Wohlstand und der ökonomische
142 Kitt, den die Gesellschaft Heute und Morgen benötigt. Die Stadt ist ein Labor für effiziente
143 Infrastruktur, informationelle Vernetzung, umweltverträgliche Mobilität, Kreativität und
144 die Verbindung von hoher Produktivität mit hoher Lebensqualität. Berlin soll als Referenz-
145 stadt für Produkte und Anwendungen zur Lösung der Herausforderungen des 21. Jahrhun-
146 derts werden - kurz gesagt für intelligente Lösungen, ressourcenschonend, effizient, global
147 einsetzbar.

148 Die Verknüpfung des (industriellen) Kerns und der traditionellen Branchen mit neuer
149 Technologie und Digitalisierung führt zur Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und neuen
150 Arbeitsplätzen. Wir begrüßen ausdrücklich, dass Berlin in diesem Kontext die Messe „Met-
151 ropolitan Solutions“ als neue Ausrichterstadt überzeugt hat. Der Smart City Summit, den
152 die CDU-geführte Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung im Mai
153 2014 mit 80 Unternehmen durchgeführt hat und bei dem konkrete Projekte identifiziert
154 wurden, die innerhalb der nächsten 5 Jahre in Berlin umgesetzt werden können, belegt,
155 dass die Wirtschaft mit der Verwaltung an einem Strang ziehen will. Diese positive Ent-
156 wicklung bei Messe und Kongressen gilt es weiter auszubauen.

157 Die Strahlkraft Berlins ist zukünftig noch stärker zu nutzen. So können bestehende Städte-
158 partnerschaften um eine konkrete Qualität erweitert werden und zu internationalen Smart
159 City-Partnerschaften ausgebaut werden. Die Referenzstadt zieht ihre Stärke aus der Ziel-
160 setzung, Startbahn für den Produktexport und damit Entwicklungsmotor zu sein statt Ort
161 des Know-how-Absaugens.

162 Berlin kann das wiederholen, was die Stadt zu Beginn des 20. Jahrhunderts schon einmal
163 war – Technologieführer in wichtigen Industriezweigen. Namen wie Halske, Siemens,
164 Babcock, Borsig, AEG etc. sind Zeugen dieser Zeit. Konzepte und Innovationen, die in der
165 bundesdeutschen Hauptstadt – einer Millionenmetropole – entwickelt und auf Praxistaug-
166 lichkeit getestet worden sind, funktionieren auch in anderen Metropolen, bis hin zu Mega-
167 cities.

168 Berlin ist zum Beispiel ein anerkanntes und beliebtes Test- und Demonstrationsgebiet für
169 innovative Elektromobilitätslösungen, das zeigt auch das Schaufenster Elektromobilität. In
170 der Hauptstadtregion sind rund 200 Unternehmen im Bereich Elektromobilität aktiv und
171 können die gesamte Wertschöpfungskette der Elektromobilität abdecken. Diese Entwick-
172 lung unterstützen wir. Eine Zwangsbeglückung mit der Brechstange, zum Beispiel von An-
173 deren vorgeschlagene Autoverbote in Wohnquartieren im Helmholtz-Kiez oder in Schöne-
174 berg, lehnt die CDU-Fraktion allerdings mit gleicher Entschiedenheit ab. Vielmehr soll Ber-
175 lin seine hohe Kompetenz bei elektrotechnischen Komponenten für automobiler Lösungen
176 einsetzen und sich als Kompetenzzentrum für neue Antriebstechniken und Speichertechno-
177 logien profilieren sowie Anreize zur Marktfähigkeit und Akzeptanzsteigerung schaffen.
178 Daher ist die zukunftsorientierte Ausschreibung um das Berliner Stadtlicht eine bedeut-
179 same Chance, hier können stadtweit Lösungen wie eine bedarfsgerechte Ladeinfrastruktur
180 dank bestehender Verkabelungen in den Lichtmasten schnell und kostengünstig realisiert
181 werden.

182 Die CDU-Fraktion unterstützt die Überlegungen, wonach der Senat einen Masterplan
183 Smart City Berlin erarbeiten soll. Ein Plan alleine reicht aber nicht zum erfolgreichen Wirt-
184 schaften. Hier ist die Stadtgesellschaft rechtzeitig in die Entscheidungsvorbereitung ein-
185 zubeziehen (Handlungsfeld Wir-Gefühl). Neben einer Vision bedarf es insbesondere einer
186 Verbindlichkeit im Masterplan. Dieser ist daher in besonderer Art und Weise mit Zielzah-

187 len, Umsetzungsvereinbarungen und einem Zeitplan auszustatten, um konzentriert und
188 zielorientiert – und damit nachprüfbar - die aufgerufenen Themen zu bearbeiten.

189 Dabei kann die öffentliche Hand begleiten und unterstützen, alleine wird sie aber keinen
190 ausreichenden Erfolg haben. Eine Zukunfts-Partnerschaft der öffentlichen Hand mit pri-
191 vatem Unternehmertum ist in diesem Zusammenhang essentiell. Die CDU-Fraktion plä-
192 diert daher für eine nPPP (new Public Private Partnership – neue öffentlich-private Part-
193 nerschaft), die durch verwaltungsexterne Spezialisten eng begleitet wird.

194 **Industrie 4.0.**

195 Die Zeit, in der Dritte wie der Regierende Bürgermeister die De-Industrialisierung Berlins
196 propagiert haben, ist vorbei. Die CDU-Fraktion bekennt sich - wie auch zu jedem Zeitpunkt
197 in der Vergangenheit - zur Berliner Industrie und deren herausgehobener Bedeutung für
198 die Stadt. Die Ausrichtung auf eine moderne und zukunftsfähige Industrie 4.0 ist damit
199 folgerichtig.

200 Berlin hat nach einem massiven Strukturwandel ein neues Profil als dynamische, innovati-
201 ve und zunehmend wachstumsstarke Metropole entwickelt. Zu einer dynamischen und
202 internationalen Metropole gehört mehr denn je auch eine leistungsstarke Industrie. Die
203 Informatisierung der klassischen Industrien, wie z.B. der Produktionstechnik, soll vorange-
204 trieben werden. Das Ziel ist die intelligente Fabrik (Smart Factory), die sich durch Wand-
205 lungsfähigkeit, Ressourceneffizienz und Ergonomie sowie die Integration von Kunden und
206 Geschäftspartnern in Geschäfts- und Wertschöpfungsprozesse auszeichnet. Die Industrie
207 in Berlin wird Teil dieses neuen Standortprofils, denn sie ist innovativ und wettbewerbsfä-
208 hig. Viele der Lösungen der Industrie 4.0 sind heute bereits „Made in Berlin“: in der Stadt
209 werden hocheffiziente Gasturbinen ebenso entwickelt und produziert wie Smart-Grid-
210 Technologien oder Elektro- und Hybridantriebe.

211 Die Standortbedingungen für Industrie 4.0 und Digitalisierung der Wirtschaft sind in Berlin
212 bereits gut und weiter auszubauen: Basis ist die Wissenschafts- und Forschungslandschaft
213 ebenso wie die Vielzahl an Kreativen und Start-ups als Ideenpool für innovative Lösungen.
214 Eine digitalisierte Produktion, in der Maschine und Produkt „kommunizieren“, ermöglicht
215 eine überaus hohe Flexibilität und damit auch Wettbewerbsfähigkeit.

216 Es lohnt sich, dass sich der Steuerungskreis Industriepolitik intensiver mit dem Thema In-
217 dustrie 4.0 auseinandersetzt. Das wollen wir als CDU-Fraktion. Hier sind die industriepoli-
218 tischen Aspekte herauszustellen. Der Steuerungskreis mit Teilnehmern aus Politik und
219 Praxis soll ressortübergreifend Aktivitäten und konkrete Impulse vereinbaren.

220 Um einen echten Wachstumstreiber zu unterstützen bedarf es detaillierter Informationen,
221 wer bei den Themen Internet der Dinge und Industrie 4.0 welche Kompetenzen in der
222 Stadt konkret (im Bereich der Forschung, IT-Steuerung, aber auch im Bereich der Datensicherheit) hat. Das Internet der Dinge beschreibt, dass der Computer in seiner bekannten
223 Form zunehmend als Gerät verschwindet und durch „intelligente Gegenstände“ ersetzt
224 wird. Statt – wie derzeit – selbst Gegenstand der menschlichen Aufmerksamkeit zu sein,
225 soll das „Internet der Dinge“ den Menschen bei seinen Tätigkeiten unmerklich unterstüt-
226 zen - ohne abzulenken oder überhaupt aufzufallen. Der intelligente Kühlschrank ist nur
227 eines von vielen plakativen Beispielen, wie mächtig diese Technologien im Alltag werden
228 können.
229

230 Wichtig für das Vorantreiben der vierten industriellen Revolution ist es, dass das Potential,
231 das Berlin gerade in der IT-Szene und in der Forschung hat, für den Standort entwickelt
232 wird. Die Akteure aus Forschung, IT-Wirtschaft und Industrie sind miteinander zu vernet-
233 zen. Die Zusammenlegung der Bereiche Wirtschaft, Forschung und Technologie in einer
234 Senatsverwaltung erweist sich auch in diesem Zusammenhang als richtige Entscheidung:

235 Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Forschung und Technologie wird gebeten, eine Po-
236 tentialanalyse erstellen zu lassen, um auf dieser Grundlage gemeinsam mit der Forschung,
237 IT und der Berliner Industrie Aktivitäten entwickeln zu können. Ziel ist es, Berlin in dieser
238 auch bundesweit äußerst dynamischen Diskussion im Bereich „Internet der Dinge“ und
239 „Industrie 4.0“ entsprechend positionieren zu können.

240 **Gründerszene.**

241 Berlin ist heute die Gründungshauptstadt Deutschlands. Die Unternehmensberatung
242 McKinsey hat das Potential Berlins in einer aktuellen Studie belegt: Berlin kann bis 2020
243 zur Start-up Metropole Europas werden und 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.
244 Die Grundaussagen der McKinseystudie unterstützt die CDU-Fraktion: Technologiegrün-

245 dungen und Start-ups der Digitalen Wirtschaft bieten eine große Chance, Berlin als Wirt-
246 schaftsstandort auf eine neue Stufe zu heben. Berlins Kreative stellen eine Säule des neuen
247 Berliner Mittelstandes dar.

248 Eine von mehreren Grundlagen für diese Entwicklung stellt die Clubszene und die Berliner
249 Musikwirtschaft dar. Sie schaffen einen Rahmen und Orte, die die internationale Strahl-
250 kraft der Stadt verstärken und insbesondere junge, kreative Menschen nach Berlin führen,
251 um hier innovative Ideen zu verwirklichen.

252 Berlin erlebt eine neue, die Wirtschaft der Stadt prägende und vorantreibende Gründer-
253 zeit. Eine Gründerzeit, die geprägt ist durch modernste Informations- und Kommunikati-
254 onstechniken, durch integrierte Modulsyteme zur Prozesssteuerung, durch neue zum Teil
255 futuristisch anmutende Werkstoffe, Energieeffizienz, Umwelttechnologien und spezifisch
256 auf den jeweiligen Kunden ausgerichtete Services. Nicht von ungefähr wird Berlin immer
257 regelmäßiger in seiner Bedeutung und in seiner Wirkung in einem Atemzug mit dem Si-
258 licon Valley genannt. Berlin ist zwar auf dem Weg, aber noch nicht endgültig am Ziel, zur
259 Silicon City zu werden. Aktuelle Vergleichsstudien bescheinigen Berlin viel Potenzial mit
260 kreativen Gründern und Unternehmern sowie gut ausgebildeten Mitarbeitern mit hohem
261 technischem Know-how.

262 Insbesondere neue Technologien bringen regelmäßig erfolgreiche Gründungen hervor,
263 Unternehmen wie Eckert & Ziegler, Berlin Heart und Biotronic sind Flaggschiffe der Ge-
264 sundheitswirtschaft, in Berlin gegründet und heute auf ihrem Gebiet Weltmarktführer. Sie
265 stehen für eine Vielzahl erfolgreicher oder erfolgversprechender Unternehmensgründun-
266 gen und sind Vorbilder für die nachwachsende Generation.

267 Auch die Charité erprobt neue Kooperationsformen; neue privatwirtschaftliche Labormo-
268 delle für Biotech-Start-ups, wie z.B. der „CoLaborator“ von Bayer Healthcare entstehen in
269 Berlin. Heute sind zahlreiche Inkubatoren und Acceleratoren großer deutscher und inter-
270 nationaler Unternehmen in Berlin ansässig, einige Beispiele sind: Deutsche Telekom AG,
271 Deutsche Post AG, Bertelsmann AG, Axel-Springer AG, ProSiebenSat.1., Otto Group,
272 Daimler AG. Google und Microsoft haben in Berlins Mitte ebenfalls Accelatoren eröffnet.

273 TechHub, die international Start-up-Hubs anbieten, haben ein Engagement in Berlin ange-
274 kündigt. Dabei soll das Londoner Konzept auch in Berlin Anwendung finden: es handelt

275 sich um Infrastruktur, mit der Mitglieder unterstützt werden und einen Ort, wo sich Erfin-
276 der, Investoren, Unternehmer und Journalisten treffen können. Ein „Gateway für internati-
277 onale Verbindungen“, das gut zu Berlin passt. Die vielen Experimentierlabore sind Schnitt-
278 stelle zwischen neuartigen Ideen, kreativen Köpfen, Unternehmensgründern und industri-
279 ellen Anwendern. Und zwar für industrielle Anwender aus allen Wirtschaftszweigen: von
280 Biomedizin, Mobilität, Energie bis hin zu Engineering, Media und Life Style.

281 Entscheidend für den Erfolg einer Gründung ist neben der Idee die Frage der Finanzierung
282 von Produktion, Marketing und Vertrieb. McKinsey hat in seiner Analyse der Finanzie-
283 rungsströme für Start-ups und Technologieunternehmen deutlich gemacht, dass in Berlin
284 zwar genügend Seed Capital zur Verfügung steht, zum Beispiel durch die IBB Bet mit ihren
285 VC-Fonds – dem aktivsten Beteiligungsgeber Deutschlands. Hierfür steht auch das neue
286 Frühphasenmodul des Förderprogramms ProFIT.

287 Deutschlandweit wird das meiste Kapital in Berliner Gründer investiert. Insbesondere bei
288 Risikokapitalinvestitionen hat Berlin die Konkurrenz hinter sich gelassen. Für die zweite
289 und dritte Finanzierungsphase schnell wachsender Start-ups gibt es aber eine wachstums-
290 hemmende Finanzierungslücke. Diese kann und soll die öffentliche Hand nicht schließen.
291 Hier muss es gelingen, private Mittel für Beteiligungen in Millionenhöhe zu akquirieren.

292 Die Ansiedlung der Venture Capital Firmen ist ein erster Schritt. Aber dies ist nicht ausrei-
293 chend. Damit nicht nur Dependancen hier errichtet werden oder Scouts aus den USA hier
294 aktiv auf der Suche nach neuen Ideen sind, bedarf es Änderungen der bundesgesetzlichen
295 Rahmenbedingungen für die Wagniskapitalfinanzierung. Damit Deutschland als Standort
296 stärker wahrgenommen wird, ist ein eigenständiges Regelwerk erforderlich. Wir wollen
297 das Engagement von sogenannten Business Angels erleichtern und hierzu unter anderem
298 das Programm zur Förderung von Wagniskapital mit Hilfe von Investitionszuschüssen ver-
299 längern und von der Ertragsbesteuerung befreien. Zudem soll der Verkauf von Unterneh-
300 mensbeteiligungen, sogenannte „Exits“, erleichtert werden.

301 Berlin kann seine Strahlkraft zur Vernetzung nutzen. Nicht nur zwischen Start-ups und
302 Unternehmen, sondern Vernetzung der Start-up- und Gründerszene auch mit Kapitalge-
303 bern. Erfolgreiche Formate wie den European Venture Summit 2012 und den Tech Growth
304 Summit 2013, der internationale VC-Geber mit den besten Start-ups Europas und Berlins

305 vernetzt haben, werden durch eigene Veranstaltungen für die Berliner Start-up-Szene er-
306 gänzt. Zudem kann Berlin mit einer Onlineplattform über aktuelle Crowdfunding-
307 /Crowdinvesting-Projekte informieren und sie sichtbar machen.

308 **W-LAN**

309 Die Zuständigkeit für das Thema WLAN ist mit Beginn der neuen Legislaturperiode auf die
310 Berliner Senatskanzlei übergegangen. Ein kostenloses WLAN-Netz gehört zu einer moder-
311 nen Stadt. Es ist vor diesem Hintergrund kein Ruhmesblatt, dass der Senat dies bisher
312 nicht umgesetzt hat.

313 Um die Ausweitung von bereits bestehenden oder individuellen WLAN-Netzen in der
314 Stadt zu ermöglichen, haben wir eine Initiative für eine Änderung der Betreiberhaftung
315 gestartet und werden auch weiterhin nicht locker lassen. Es muss vorangehen, denn was
316 Düsseldorf kann und in Barcelona umsetzbar ist, sollte auch in Berlin möglich sein!

317 ***Klimaneutralität.***

318 Der Klimawandel ist eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Ökono-
319 mie und Ökologie in einen neuen Einklang zu bringen, ist eine der großen Aufgaben der
320 Metropolen. Die Energiewende muss auch regional vorangetrieben werden. Auch hier soll
321 Berlin als Referenzort für ökologisches Wirtschaften und Klimaneutralität Vorbild für an-
322 dere Metropolen werden. Daher verpflichtet sich Berlin, bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu
323 werden. Klimaneutralität wird dabei definiert als eine Senkung der CO₂-Emissionen um
324 mindestens 85 % gegenüber 1990. Die Studie „Klimaneutrales Berlin 2050“ hat gezeigt,
325 dass dieses ehrgeizige Ziel erreicht werden kann – wenn auch mit erheblichen Anstren-
326 gungen und Nejustierungen sowie deutlichen Veränderungen in verschiedenen Berei-
327 chen. Hauptträger sind dabei die energetische Sanierung, die Wärmenutzung und die
328 Energiegewinnung. Angesichts der teilweise schon jetzt ausgeprägten Diskussion in die-
329 sem Bereich sind hier erhebliche Anstrengungen zur Akzeptanzsteigerung bei den Berli-
330 nern erforderlich.

331 Der Weg zu einer CO₂-freien Stadt im Jahr 2050 ist noch weit, der für Stadtentwicklung
332 zuständige Senator ist beauftragt, für Berlin selbst und für Berlin als Referenzstadt Lö-
333 sungsvorschläge zu erarbeiten und dem Abgeordnetenhaus zur Beratung und Beschluss-
334 fassung vorzulegen. Die CDU-Fraktion steht für eine Klima- und Umweltpolitik, welche
335 unserer Verantwortung für unsere Nachkommen gerecht wird und auch in sozialer und
336 ökonomischer Hinsicht die Bedürfnisse jetziger und zukünftiger Generationen beachtet.

337 Zentral für den Klimaschutz ist die Umstellung der Energieversorgung auf regenerative
338 Quellen. In einer Übergangszeit wird Berlin noch auf fossile Energieträger wie Kohle an-
339 gewiesen sein. Dabei können wir aber schon heute auf mehr Effizienz setzen, zum Beispiel
340 durch den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Auch Mini-Blockheizkraftwerke
341 können dabei helfen, die vorhandenen Rohstoffe besser zu nutzen und so das Klima zu
342 schonen.

343 Eine neue Partnerschaft von öffentlicher Hand und privater Unternehmen ist auch hier
344 notwendig. Die Berliner Energieagentur, die sowohl Privatunternehmen wie auch dem
345 Land Berlin und der staatlichen KfW-Bank gehört, ist mit dem Ziel, in größerem Maßstab
346 Beratungsleistungen und Umstellung von Wohnquartieren zu regenerativen Energien und
347 KWK-Anlagen umzusetzen, qualifiziert aufzustellen. Förder-Programme der Kreditanstalt
348 für Wiederaufbau (KfW) sind hierfür zu nutzen.

349 ***Energetische Sanierung.***

350 Nicht nur der Strommarkt verdient unsere Aufmerksamkeit, sondern auch der Wärme-
351 markt. Wir wollen vor allem die energetische Sanierung von Gebäuden vorantreiben. Hier
352 sehen wir die öffentlichen Gebäude in einer Vorbildfunktion. Auch ist das Potential an
353 energetischer Sanierung öffentlicher Gebäude nach wie vor groß. In Bezug auf die anste-
354 hende und dringend notwendige Sanierung des öffentlichen Gebäudebestands bedarf es
355 zum einen einer abgestimmten Zeitschiene zwischen den öffentlichen Trägern. Hier trägt
356 die Berliner Immobilien Management GmbH (BIM) besondere Verantwortung. Außerdem
357 ist –gemeinsam von den Senatoren für Stadtentwicklung und Finanzen - ein konkreter fi-
358 nanzieller Betrag festzulegen und in die mittelfristige Finanzplanung des Landes Berlin
359 aufzunehmen, der ab dem nächsten Doppelhaushalt pro Jahr für die energetische Sanie-
360 rung der öffentlichen Gebäude aufgewendet werden muss, um die Komplettsanierung bis
361 2030 sicherzustellen.

362 Hauseigentümer, sei es von Miethäusern oder Einfamilienhäusern, müssen ebenso wie
363 Mieter zur Verbesserung der Energiebilanz der Stadt bei der energetischen Sanierung an-
364 gemessene Unterstützung finden. Bei der derzeitigen Sanierungsquote von einem Prozent
365 sind erst in hundert Jahren alle Häuser auf den neuesten energetischen Stand. Hier müs-
366 sen wir schneller werden. Wir setzen dabei nicht auf eine Verschärfung des Ordnungs-

367 rechts. Die energetische Sanierung muss durch das Setzen von Anreizen statt durch
368 Drangsalierung unterstützt werden.

369 So ist für uns eine Veränderung der EnEV erforderlich, die das Thema Erzeugung und tech-
370 nische Effizienzgewinne berücksichtigt und nicht nur auf die Dämmung abstellt. Hierfür
371 werden wir uns auch auf Bundesebene einsetzen. Denn damit können deutlich mehr An-
372 reize gesetzt werden, die auch für die Umsetzung im Bestand kosteneffizienter und somit
373 zu einer deutlich höheren Akzeptanz in der Bevölkerung führen. Gerade die Studie klima-
374 neutrales Berlin hat gezeigt, dass in der Kombination beider Maßnahmen das größte Po-
375 tential liegt.

376 Außerdem sollen Beratung und Transparenz bei den zahlreichen unterschiedlichen Mög-
377 lichkeiten für bauliche Maßnahmen verstärkt werden. Denn jedes Haus ist anders und ver-
378 dient die Sanierung, die am besten zu den baulichen Gegebenheiten und den Bewohnern
379 passt. Im gewerblichen Wohnungsmarkt sorgen ein Ausbau der KWK und eine Verbesse-
380 rung der Contracting-Bedingungen für mehr Effizienz. Bei Ein- und Zweifamilienhäusern
381 dagegen steht oft der Austausch von Heizanlagen hin zur effizienten Brennwerttechnik im
382 Vordergrund. Fördermöglichkeiten müssen erweitert und die Information hierüber den
383 privaten Eigentümern diese oft umfangreiche Investition ermöglichen. Die Beratungskom-
384 petenz der Berliner Energieagentur sollte hierbei noch stärker genutzt werden.

385 In Zukunft werden zudem Strom- und Wärmemarkt vor allem im Bereich der Speicher-
386 technologien weiter ineinander greifen. So kann zeitweilig überschüssiger Strom aus er-
387 neuerbaren Energien durch das Verfahren des „Power to Gas“ in Gas umgewandelt und zur
388 Strom- oder Wärmeerzeugung genutzt werden. Beim Ansatz „Power to Heat“ wird Wasser
389 nach dem Prinzip eines Tauchsieders erhitzt und kann dann zum Heizen benutzt werden.
390 Auch der Einsatz von effizienten Wärmepumpen bietet die Möglichkeit, Strom aus erneu-
391 erbaren Quellen bei der Wärmeversorgung von Wohnungen zu nutzen.

392 **Handlungsfeld Wohnen – Mein Berlin: zu Hause sein.**

393 ***Zwischenbilanz Wohnen.***

394 Berlin verzeichnet einen erheblichen Bevölkerungszuwachs, hervorgerufen durch viele
395 Menschen, die hier Arbeit gefunden haben oder sich auf das Berufsleben durch Studium
396 und Lernen vorbereiten. Um den wirtschaftspolitisch induzierten Zuzug auch wohnungs-
397 politisch umzusetzen, hat die CDU-Fraktion nach den Wahlen 2011 die Wohnungs- und
398 damit Stadtentwicklungspolitik deutlich umgestaltet.

399 Zu lange hat sich in der Wohnungspolitik unter der Vorgängerregierung nichts bewegt. Die
400 CDU-Fraktion hat mit ihrer Regierungsbeteiligung Maßnahmen eingeleitet, um sich den
401 drängenden Herausforderungen der Wohnungspolitik zu stellen. Hierfür stehen die im
402 Jahr 2013 beschlossenen CDU-Strategien für schnellen Wohnungsneubau und bezahlbares
403 Wohnen in Berlin. Wir haben uns in der Koalition erfolgreich für eine neue Wohnungs-
404 bauförderung und einen neuen Wohnungsbaufonds, ein Bündnis mit den städtischen Ge-
405 sellschaften, eine maßvolle Regulierung gegen Marktübertreibungen und mehr Personal in
406 den bezirklichen Planungsämtern eingesetzt. Heute haben sowohl die Zahlen der Bauge-
407 nehmigungen wie auch der Fertigstellungen von neuen Wohnungen Höchststände er-
408 reicht.

409 ***Neue Räume.***

410 Nicht erst seit den Ergebnissen des Tempelhof-Volksentscheids gilt es, eine neue Balance
411 zu finden zwischen notwendiger Entwicklung und Freiraum. Wir nehmen zur Kenntnis,
412 dass der Tempelhofer Masterplan des Stadtentwicklungssenators sowie die damit verbun-
413 denen Bauprojekte, seien es Wohnungsbauprojekte oder ein möglicher Neubau der ZLB,
414 von einer Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner abgelehnt wurden und gestoppt sind.
415 Die notwendige neue Balance spiegelt sich in Entwicklungspotentialen wieder, die wir so-
416 wohl für städtische Gesellschaften als auch für private Wohnungsunternehmen und Ge-
417 nossenschaften realisieren wollen. Die Transformationsräume des Stadtentwicklungsplans
418 2030 bilden dafür eine Grundlage.

419 Nun ist es Aufgabe des Stadtentwicklungssenators, diese theoretischen Erkenntnisse in
420 die Praxis zu übersetzen. Hierzu bedarf es einer deutlichen Konkretisierung, die auch die
421 relevanten Investitionserfordernisse in öffentliche Infrastruktur abwägen und quantifizieren
422 muss. Wir erwarten, dass dies in der weiteren Entwicklung berücksichtigt und auch
423 konkreter untermauert wird – nur so wird die Akzeptanz für eine wachsende Stadt der Zu-
424 kunft geschaffen.

425 Das inspirierende Gemenge vieler gesellschaftlicher Gruppen, die sogenannte Berliner
426 Mischung, verleiht großen Städten einen besonderen Charme. Angesichts steigender Mie-
427 ten werden jedoch Menschen mit niedrigem Einkommen zunehmend aus innerstädtischen
428 Wohnlagen verdrängt. Die CDU steht für eine gute soziale Durchmischung der Kieze. Wir
429 wollen ein ausgewogenes Wohnungsangebot auch für Mieter mit geringen oder mittleren
430 Einkommen sicherstellen. Der Blick auf Paris zeigt, wie sich aufgrund der extremen Ver-
431 drängung in die Randbezirke sozialer Sprengstoff entwickelt. Eine solche Entwicklung
432 müssen wir für Berlin verhindern.

433 Die behutsame Nachverdichtung in den gut erschlossenen Standorten in ganz Berlin hat
434 für uns Priorität. Für die Entwicklung der Stadt gilt es, einen breiten Konsens für Bauen
435 und Nachverdichtung zu erreichen. Hierzu sind die Vorteile klarer herauszustellen, egoisti-
436 sche Argumentationen nach dem Sankt Florians Prinzip sind eine klare Absage zu erteilen.
437 In diesem Sinne ist das bestehende Bündnis für Wohnen auf eine breitere Grundlage zu
438 stellen. Der Stadtentwicklungssenator muss verstehen, dass dieses Bündnis für breitere
439 Akzeptanz des Themas Wohnungsbau breiter aufgestellt sein muss als aus Mitgliedern der
440 Interessengruppe Wohnen und Vertretern der Branche. Dies ermöglicht eine breite Kom-
441 munikation von Multiplikatoren und Meinungsmachern auf verschiedensten Ebenen und
442 wird deutlich dazu beitragen, die Notwendigkeit und Akzeptanz diskutierter Maßnahmen
443 zu erhöhen.

444 ***Wohnquartiere der Zukunft.***

445 Die rege Bautätigkeit in Berlin schafft Gelegenheit, neue Wohnquartiere zukunftsorien-
446 tiert zu gestalten. Dies bezieht sich sowohl auf energetische wie auch technologische Qua-
447 lität. Hier sieht die CDU-Fraktion gegenüber der trägeren Veränderungsfähigkeit von Be-
448 standsquartieren den schnelleren und kostengünstigeren ersten Hebel, um Wohnen,

449 Technologie und Energie in Einklang zu bringen. Dies bedeutet für uns, dass bei Neubau-
450 maßnahmen nicht nur das Gebäude, sondern auch die Energieversorgung und die Verbin-
451 dung zu Umwelt aktiver mitgestaltet werden. So ist z.B. vorstellbar, dass die Energiege-
452 winnung in die Fassade integriert wird, das Gebäude schon als externer Hotspot vorgerüs-
453 tet ist und für die notwendigen Verbindungen zur Elektromobilität vorgesehen wird. Bei
454 der Neuerrichtung ganzer Quartiere kann dann auch die soziale Struktur und die Einrich-
455 tung von Kommunikations- und Arbeitszentren für das mobile und wohnortnahe Arbeiten
456 integriert werden.

457 Zudem muss unser Augenmerk verstärkt auf den Speichermöglichkeiten liegen, denn er-
458 neuerbare Energien sind nicht immer dann verfügbar, wenn sie gebraucht werden. Wir
459 können zwar nicht voraussehen, welche der bereits vorhandenen Ansätze für Speicher-
460 technologien im Jahr 2050 die Versorgung sicherstellen; wir wollen aber die Ansätze wei-
461 ter verfolgen und dabei immer offen für Innovationen sein. Konkret ermöglicht dies Pro-
462 jekte für innovative Energiespeicherung, -gewinnung und -nutzung, die gut bei Neubau-
463 vorhaben realisiert werden können. Die städtischen Gesellschaften sind hier in einer be-
464 sonderen Vorbildfunktion und werden beauftragt zu prüfen, wie bei Neubauvorhaben der
465 städtischen Wohnungsbaugesellschaften die Energieeinsparverordnung überobligatorisch
466 Berücksichtigung finden kann.

467 In einem zweiten Schritt sind die dabei gewonnen Erfahrungen auch im Bestand umsetz-
468 bar. Hierzu halten wir es für erforderlich, die gemeinschaftliche Nutzung von Flächen für
469 Energiespeicherung und -gewinnung und die Entwicklung von Community Centern für
470 Versorgung, mobiles Arbeiten und Ausbildung zu erleichtern. Die CDU-Fraktion wird zur
471 Unterstützung dieses Ziels Vorschläge unterbreiten für ein Gesetz zur Stärkung von
472 Wohnquartieren durch private Initiativen. Grundlage sind hierfür die nahezu abgeschlos-
473 senen parlamentarischen Beratungen zum Berliner Gesetz über Standortgemeinschaften
474 sowie entsprechende Gesetze, die zum Beispiel in Hamburg und Nordrhein-Westfalen rea-
475 lisiert wurden (HIDs). Die dadurch möglichen Innovationsquartiere sind in neuen Partner-
476 schaften von öffentlicher Hand und privatem Engagement zu entwickeln.

477 ***Altersgerechtes Wohnen.***

478 Berlin wird bunter, aber auch älter. Vor allem der demografische Wandel fordert von einer
479 modernen Wohnungspolitik eine neue Schwerpunktsetzung sowie kreative und an den
480 Wünschen der Menschen orientierte Lösungsvorschläge. Ziel der Berliner CDU-Fraktion ist
481 es, älteren Menschen möglichst lange das selbstständige und selbstbestimmte Leben in
482 der eigenen Wohnung sowie im angestammten Kiez zu ermöglichen.

483 In Berlin gibt es schon jetzt gute und zukunftsweisende Projekte. Dennoch reicht das vor-
484 handene Angebot nicht aus, um in einer älter werdenden Stadtgesellschaft den wachsen-
485 den Bedarf an bezahlbaren Wohnformen für das Alter abzudecken.

486 Um dies effektiv zu ermöglichen, wird sich die CDU für attraktive Finanzierungsangebote
487 der IBB, einen Fördertopf für innovative Ideen zur kostengünstigen Wohnraumanpassung
488 für altersgerechtes Wohnen und auch eine Anpassung des Denkmalschutzes (gerade mit
489 dem Ziel der Barrierefreiheit und leichteren Erschließung) einsetzen. Diesem Ziel sehen
490 wir uns für die Zukunft weiterhin verpflichtet.

491 ***Familienbaudarlehen.***

492 Selbstgenutztes Wohneigentum macht nicht nur unabhängig von Mietpreisentwicklungen
493 sondern war und ist unverändert eine wichtige Form der individuellen Vorsorge für das
494 Alter. Dabei zeigt der Trend auf vielen regionalen Wohnungsmärkten in Deutschland, dass
495 die eigenen vier Wände auch im großstädtischen Umfeld auf immer mehr Interesse sto-
496 ßen.

497 Berlin hat die große Chance, diesen Trend sowohl im Lebensgefühl der Menschen und
498 gleichzeitig im Sinne einer ausgewogenen Stadt- und Wirtschaftsentwicklung zu nutzen
499 und die Abwanderung von Menschen mit ihrer Kauf- und Steuerkraft zu stoppen.

500 Die CDU-Fraktion wird vor allem Familien mit Kindern die Möglichkeit geben, wieder ver-
501 stärkt Wohneigentum sowohl im Neubau, aber vor allem auch im Bestand zu bilden. Hier-
502 zu sollen attraktive Ergänzungsfinanzierungen der Investitionsbank Berlin, Familienbau-
503 darlehen, genutzt werden.

504 ***Städtebauförderung.***

505 In großen Städten konzentrieren sich soziale Probleme wie in einem Brennglas. Die CDU-
506 Fraktion Berlin begrüßt in diesem Zusammenhang, dass die CDU-geführte Bundesregie-
507 rung die Mittel für die Städtebauförderung deutlich erhöhen wird. Jetzt ist es von Bedeu-
508 tung, dass diese Mittel insbesondere im investiven Bereich und somit in besonderer Art
509 und Weise zukunftsorientiert eingesetzt werden. Auch bei den Problemen, die im Zusam-
510 menhang mit der Armutswanderung aus Osteuropa in vielen Großstädten bestehen, darf
511 der Bund die Städte nicht alleine lassen. Das Ziel christdemokratischer Großstadtpolitik
512 sind lebenswerte Städte, in denen auch in Zukunft Menschen aller Einkommensgruppen,
513 jeden Alters und jeder Herkunft nicht neben-, sondern miteinander leben.

514 **Mobilität.**

515 Auch das Bedürfnis, Wirtschaft und Wohnen über kurze Wege miteinander zu vernetzen,
516 ist deutlich gewachsen. Insgesamt besteht der Wunsch nach kurzen Wegen immer ausge-
517 prägter. Es bedeutet aber auch, dass wir die Chancen des Wachstums durch mehr Investi-
518 tionen in Verkehrsinfrastruktur und bessere Nutzung der vorhandenen Infrastruktur durch
519 z.B. Taktverdichtungen erreichen können. Dies umfasst Straßen- wie auch Schienenver-
520 kehr sowie nicht-motorisierten Verkehr. Und es umfasst öffentliche Verkehre wie Indivi-
521 dualverkehre. Es gilt, in zukunftsfähigen Verkehrskonzepten alle Verkehre in neuer Einheit
522 und Qualität zu vereinen. Um individuelle Mobilität nachhaltig sicherzustellen, den Ver-
523 kehrsfluss weiter zu verbessern und gleichzeitig die unerwünschten Folgen des Verkehrs
524 zu begrenzen, benötigen große Städte eine echte Mobilitätskultur des Miteinanders.

525 Voraussetzung hierfür ist ein Verkehrskonzept, das alle Mobilitätsformen angemessen
526 fördert. Die CDU-Fraktion tritt ein für ein intelligent vernetztes Zusammenspiel der ver-
527 schiedenen Verkehrsträger und spricht sich dafür aus, das Netz auszubauen mit dem Ziel,
528 die Attraktivität und damit den Anteil der öffentlichen Verkehre am gesamten Verkehrs-
529 aufkommen zu erhöhen. Die CDU-Fraktion spricht sich außerdem für eine weitere Förde-
530 rung von mit Grünstrom betriebenen Bussen und PKW aus, um den Kohlendioxidausstoß
531 zu senken.

532 **Handlungsfeld Wissen – Mein Berlin: schlaue Stadt**

533 ***Zwischenbilanz Wissen.***

534 Bildung – von der Kita über die Schule bis zur Hochschulausbildung – stellt den Grund-
535 stock für die Zukunftsfähigkeit Berlins dar. Wir sind froh, dass wir die Bildungspolitik in
536 Berlin wieder entideologisieren und zum Wohl von Kindern, Schülern und Eltern einige
537 pragmatische Entscheidungen durchsetzen konnten. Zu lange hat die Vorgängerregierung
538 Strukturentscheidungen aus dogmatischen statt sachgerechten Gründen vorangetrieben.

539 Beim Kitaplatz-Ausbau sind wir deutlich vorangekommen: Nach der Einführung des
540 Rechtsanspruchs gab es keine einzige Klage. Ohne deutsche Sprachkenntnisse kein Schul-
541 erfolg, deshalb setzen wir schon in der Kita mit Sprachlerntagebüchern und verbindlichen
542 Sprachstandsfeststellungen auf eine gezielte Vorbereitung auf die Schule. Die Sprachför-
543 derung startet jetzt ein halbes Jahr früher und es stehen mehr Förderstunden zur Verfü-
544 gung. Um den Übergang von der Kita in die Schule noch besser zu gestalten sprechen wir
545 uns grundsätzlich für die Wiedereinführung der Vorschule bzw. Vorschulgruppen an Kitas
546 und die Rücknahme der Früheinschulung aus.

547 Wir haben den Schulfrieden eingehalten und gleichzeitig eine Vielzahl von Verbesserun-
548 gen umgesetzt, die die Berliner Schulen insgesamt leistungsfähiger machen. Hierzu zählen
549 u.a. die Abschaffung des Zwangs zum jahrgangsübergreifenden Lernen (JüL), die Einfüh-
550 rung einer Geschwister- und Bezirkskinderregelung und eines Beratungsgespräch beim
551 Übergang in die weiterführende Schule und auch die Ausdehnung der Hortbetreuung auf
552 die Klassen 5 und 6.

553 ***Familie und Beruf im Einklang.***

554 Wir wollen Eltern die Wahlfreiheit ermöglichen, ob sie ihre Kinder zu Hause erziehen oder
555 eine Betreuung nutzen, um Familie und Beruf miteinander zu verbinden. Um diese Wahl-
556 freiheit hinsichtlich des Erziehungsmodells sicherzustellen, spielt der bedarfsgerechte
557 Ausbau der Kinderbetreuung eine zentrale Rolle. Es darf nicht länger vorkommen, dass
558 sich hervorragend ausgebildete junge Eltern ihren Berufswunsch nicht erfüllen können,
559 weil sie keinen Kita-Platz für ihren Nachwuchs erhalten. Durch den rechtlich festgelegten

560 Anspruch auf einen Kitaplatz ab dem ersten Lebensjahr wird dem stetig steigenden Bedarf
561 Rechnung getragen und wie von der CDU-Fraktion gewünscht die berufstätigen Eltern
562 entlastet. Hier darf die Bildungssenatorin in ihren Anstrengungen nicht nachlassen. Der
563 Kitaplatzausbau hat weiterhin Priorität. Der CDU-Fraktion geht es jedoch nicht nur um die
564 Quantität, das Augenmerk muss in Zukunft verstärkt auch auf die Qualität der Betreuung
565 gelegt werden.

566 ***Kinder- und Familienfreundlichkeit.***

567 Unser Ziel sind familienfreundliche Schulen: Geschwisterkinder werden in Zukunft auf die
568 gleiche Schule gehen können und Schüler, die im Bezirk der betreffenden Schule wohnen,
569 werden bei der Vergabe der bezirklichen Schulplätze der jeweiligen „Zweit- und Dritt-
570 wunschschule“ bevorzugt werden. So erleichtern wir die Schulwahl, elterliches schulisches
571 Engagement und ermöglichen kürzere und sichere Wege. Die Schule von morgen nimmt in
572 die Pflicht und gibt Gestaltungsmöglichkeiten.

573 Zur Stärkung der Kinder- und Familienfreundlichkeit gehört auch deren Unterstützung in
574 Form von Beratungsangeboten. Mit Regierungsbeteiligung der CDU sind mehr als 25 Fa-
575 milienzentren mit vielfältigen Bildungs- und Beratungsangeboten geschaffen worden und
576 werden weiter ausgebaut. Gleiches gilt für ombudtschaftliche Beratungen, die neu einge-
577 führt wurden.

578 Kinder lassen sich nicht in Leitbilder pressen, dennoch ist es kein zu ambitioniertes Ziel,
579 wenn man Berlin zur kinderfreundlichsten Stadt des Landes entwickeln möchte. Dazu be-
580 darf es einer Fülle von Einzelmaßnahmen, die nicht bei den Themen einer bedarfsgerech-
581 ten Versorgung mit Kita-Plätzen für jedes Kind oder der notwendigen Fortschreibung des
582 Spielplatzsanierungsprogramms aufhören dürfen. Dafür ist Berlin auch aus der Perspektive
583 der Kinderaugen zu sehen und sich auf diese Perspektive der neuen Generation Berlins
584 einzulassen.

585 ***Schulsystem.***

586 Seit unserer Regierungsbeteiligung im Jahr 2011 versuchen wir, bildungspolitische Festle-
587 gungen, die rein ideologisch begründet sind, zu lockern und übermäßiger Regulierung ent-
588 gegenzutreten. Unser bildungspolitisches Credo, auf Grundlage dessen wir auch die Zu-

589 kunftsherausforderungen gut meistern werden können, heißt: Differenziertes, vielfältiges
590 und durchlässiges Bildungssystem, Konkurrenz um die besten pädagogischen Konzepte,
591 mehr schulische Autonomie, ein Höchstmaß an Individualität, staatliche Vorgaben haupt-
592 sächlich zum Erhalt der Qualität und der Chancengerechtigkeit statt Gängelung, als Bil-
593 dungsziel ein ausgewogener Mix aus Leistungsförderung, Persönlichkeitsentwicklung und
594 Allgemeinbildung. Einer ausschließlichen und einseitigen Fokussierung auf Abitur und
595 Akademisierung erteilen wir – unbeschadet des eindeutigen Bekenntnisses zum Gymnasi-
596 um und zum Abitur - eine klare Absage: Deutschland und Berlin brauchen dringend gut
597 ausgebildete Fachkräfte, für diese Aufgabe müssen wir unsere Bildungseinrichtungen und
598 das Lehrpersonal rüsten. Nicht verhandelbar bleibt, dass die CDU-Fraktion eine undiffe-
599 renzierte Einheitsschule klar und eindeutig ablehnt.

600 ***Bildungszukunft.***

601 Neben den Lehrern spielt für eine zukunftsfähige Bildungspolitik der Lernort eine ent-
602 scheidende Rolle. Unsere Kinder verbringen oft mehr Stunden in der Schule als zuhause,
603 doch leider sind Schulgebäude oft in einem beklagenswerten, einer guten Lernatmosphäre
604 nicht förderlichen Zustand. Wir wollen, dass Schulen die schönsten öffentlichen Gebäude
605 im Kiez werden. Schulsanierungen müssen daher aus CDU-Sicht Priorität bei den Investiti-
606 onen des Landes haben.

607 Und beim Schulneubau sollten wir neue Wege einschlagen: Schulen müssen mit Rücksicht
608 auf die in der Schule angewendeten pädagogischen Konzepte gebaut werden und gleich-
609 zeitig „atmen“ können, d. h. sich durch eine kluge Architektur vergrößern und verkleinern
610 lassen um bspw. Schwankungen in der Schülerzahl aufzufangen oder um Ganztagsangebo-
611 te sinnvoll durchführen zu können. Die hohe Bedeutung digitaler Kompetenz und digitalen
612 Lernens soll sich auch baulich – sowohl im Bestand als auch bei Neubauten von Bildungs-
613 einrichtungen – wiederfinden. Unsere Schulen müssen modernste Orte des digitalen Ler-
614 nens werden, um die Startvoraussetzungen in einer technologisierten Welt zu optimieren.

615 Die Berliner Hochschulen bilden sowohl in der Breite als auch in der Exzellenz aus und sind
616 führend in Deutschland. Diesen Standortvorteil wollen wir für die regionale Wirtschaft
617 nutzbar machen (Handlungsfeld Wirtschaft) und daher den Berliner Mittelstand stärker
618 mit Wissenschaft und Forschung verzahnen.

619 **Lehrer als Partner.**

620 Dreh- und Angelpunkt für ein zukunftsfähiges Berliner Bildungssystem sind motivierte
621 Lehrer und kompetente Schulleiter. Motivierte Lehrer und kompetente Schulleiter entwi-
622 ckeln ihre Schule aus eigenem Antrieb fort, nehmen pädagogische und gesellschaftliche
623 Entwicklungen auf, integrieren sie in verantwortungsvoller Weise in ihre Arbeit und ma-
624 chen somit ihre Schüler „zukunftstauglich“. Um in Berlin zu einem Zustand von mehr Motivati-
625 on als Frustration in den Lehrerkollegien zu kommen, muss zum einen die Situation des
626 Unverständnisses/der Dauerkonfrontation zwischen Lehrern und Verwaltung resultierend
627 in Akten der inneren Emigration, einem hohen Krankenstand und sogar Streiks beendet
628 und die Vertrauensbasis wiederhergestellt werden.

629 Hierzu gehört, dass die Planungs- und Verwaltungsleistung im Bereich der Lehrerrekrutie-
630 rung, des Lehrereinsatzes und der Personalentwicklung dringend verbessert und konkrete
631 Entscheidungen getroffen werden, die die Bedingungen, unter denen Berliner Lehrer ar-
632 beiten, spürbar zum Positiven verändern. Dazu zählt aus unserer Sicht vordringlich die
633 Entlastung der Schulleitung und der pädagogischen Kräfte von administrativen Aufgaben
634 durch ein festes Verwaltungsteam, bzw. bei Vorliegen sonderpädagogischen Förderbe-
635 darfs, durch ein entsprechendes Experten- und Helferteam. Außerdem wollen wir errei-
636 chen, dass die Kernforderung der Lehrer nach kleineren Lerngruppen endlich ernst ge-
637 nommen wird und Klassengrößen abgesenkt und die Zahl der Teilungsstunden erhöht
638 wird.

639 **Digitales Lernen.**

640 Die (Berliner) Kinder des 21. Jahrhunderts wachsen aufgrund der immer weiter voran-
641 schreitenden Digitalisierung mit völlig neuen Zugängen zu Wissen auf. Nach einer aktuel-
642 len Studie sind in der Gruppe der 9-24jährigen fast 100% online und über 70% sogar täg-
643 lich online. Treffen Schüler und Lehrer beim Thema Digitalisierung aufeinander, findet je-
644 doch eine Begegnung unterschiedlicher Lebenswirklichkeiten statt.

645 Kinder und Jugendliche haben aber sehr früh über ein hohes Interesse am Umgang mit
646 dem Internet. Es ist Aufgabe der Berliner Schulen, Medienkompetenz zu definieren. Dabei
647 geht es insbesondere darum, Antworten auf folgende Fragen zu finden: Wie bewerte ich
648 Informationen? Wie gehe ich mit Informationen um? Wie kommen diese Informationen

649 zustande? Welche Daten müssen geschützt werden? Darüber hinaus müssen Schulen die
650 nötige soziale Kompetenz im Internet vermitteln. Die Problematik, wer Wissen zu welchen
651 Konditionen zugänglich machen wird, und wie die Qualität der Informationen, insbesonde-
652 re wenn es um den Wissenserwerb geht, garantiert werden kann, wird wahrscheinlich be-
653 stehen bleiben.

654 Die staatliche Berliner Schule in ihrer jetzigen Form ist für diese sehr anspruchsvollen Her-
655 ausforderungen nicht gewappnet bzw. nutzt vorhandene Potenziale nicht. Die Schulpro-
656 zesse in Berlin müssen künftig digital abgebildet werden. Nur so können die Chancen digi-
657 taler Bildung genutzt werden. Darüber hinaus bedarf es des Ausbaus von eLearning-
658 Angeboten. Diese moderne Form der Aus- und Weiterbildung muss sowohl in Schulen und
659 Universitäten Anwendung finden, als auch in der öffentlichen Verwaltung zur Weiterbil-
660 dung der Mitarbeiter. Sowohl der Bildungsapparat als auch die öffentliche Verwaltung
661 muss von „Best Practices“ aus der Wirtschaft profitieren. Eine digitale Qualifizierungsof-
662 fensive für Berliner Lehrer und Professoren soll sicherstellen, dass die Themen IT und In-
663 ternet als selbstverständlicher Teil des Unterrichts begriffen werden.

664 Programmieren wird in der Zukunft zu einer Grundfertigkeit wie lesen und schreiben ge-
665 hören. Die Verschiebung vom Buch als Hauptinformations- und -lernquelle hin zu netzge-
666 stützten Bildungsinhalten wird vor allem für Lehrer eine Umstellung ihres Unterrichts er-
667 fordern, gleichzeitig aber auch neue pädagogische Anforderungen im Umgang mit Schü-
668 lern mit sich bringen.

669 ***Moderne Lehrpläne.***

670 Die Lehrpläne der Zukunft sollten weitere strukturelle Entwicklungen und Merkmale, die
671 Deutschland und Berlin prägen, stärker widerspiegeln. Dazu gehört aus Sicht der CDU-
672 Fraktion erstens auch ein Grundwissen für alle Schüler in Wirtschaft, vom Führen eines
673 eigenen Haushalts, über das Schreiben eines Business-Plans bis zur Kenntnis elementarer
674 makroökonomischer Zusammenhänge. Zweitens sollten wir die in vielen Familien in Berlin
675 zunehmende Situation der Mehrsprachigkeit konstruktiv in unsere Kitas und Schulen in-
676 tegrieren und das damit verbundene interkulturelle Potential stärker nutzen: Berlin als
677 europäische und Weltmetropole braucht dringend ein internationaler ausgerichtetes Bil-
678 dungsangebot. Drittens sollten wir aufhören, den Faktor Religion an unseren Schulen aus-

679 zublenden. Gerade Jugendliche in Metropolen brauchen ein sicheres Wertegerüst, verant-
680 wortungsvoller Religionsunterricht unter staatlicher Kontrolle als Teil des Pflichtunter-
681 richts kann gut dazu beitragen.

682 **Handlungsfeld Werte – Mein Berlin: aber sicher!**

683 ***Zwischenbilanz Werte.***

684 Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit und keinen Freiraum. Die persönliche Unversehrtheit zu gewährleisten ist die erste staatliche Aufgabe der Daseinsvorsorge. Vor dieser
685 Grundüberzeugung unterstützt die CDU-Fraktion die von Innensenator Henkel eingeleitete
686 Trendumkehr bei der inneren Sicherheit nach Übernahme der Regierungsverantwortung. Nach Jahren des rot-roten Stellenabbaus werden wieder zusätzliche Polizisten, Feuerwehrlaute und weiteres Sicherheitspersonal in Berlin eingestellt. Die Schaffung von insgesamt 587 neuen Stellen ist nicht nur Ausdruck des Bekenntnisses der CDU zu mehr Sicherheit in Berlin, sondern mit Blick auf die wachsende Stadt auch notwendig. Nur durch
687 eine angemessene Ausstattung der Sicherheitsbehörden mit personellen und sachlichen
688 Mitteln ist es ihnen möglich, ihre Aufgaben auch in Zukunft erfolgreich zu erfüllen. Dazu gehört aber auch eine angemessene und gerechte Besoldung der Beamtinnen und Beamten.
689
690
691
692
693
694
695

696 Auch unter Beachtung verantwortlicher Haushaltspolitik mit regelmäßiger Schuldentilgung bleibt die Innere Sicherheit ein Politikfeld, für das die CDU-Fraktion immer für die
697 finanzielle Absicherung der Notwendigkeiten streiten wird.
698

699 ***Sicherheit und Ordnung.***

700 Die CDU-Fraktion begrüßt die von Innensenator Henkel eingeleiteten Maßnahmen zur
701 Steigerung der polizeilichen Präsenz im Stadtbild. Insbesondere die regelmäßige Streifen-
702 tätigkeit und die mobile Polizeiberatung auf belebten Straßen und Plätzen sind geeignet,
703 um den Kontakt mit den Menschen zu erhöhen und das Sicherheitsgefühl zu verbessern.
704 Um diese Ziele zu erreichen, geht die Polizei mittlerweile auch neue, innovative Wege. Die
705 aktive Nutzung moderner Kommunikationsformen, wie Twitter oder Facebook zeigt, dass
706 die Polizei fähig ist, sich den gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen. Dies entspricht
707 unserem Leitbild von einer bürgernahen, transparenten und modernen Hauptstadtpolizei
708 zu der sich die CDU ausdrücklich bekennt.

709 ***Kriminalitätsbekämpfung.***

710 Die Union steht für ein konsequentes Vorgehen gegen kriminelle Strukturen und Straftä-
711 ter. Die Häufigkeit von Kriminalität und Gewalt hat einen starken Einfluss auf die Lebens-
712 qualität der Berlinerinnen und Berliner. Deshalb unterstützen wir den mit Regierungs-
713 übernahme eingeschlagenen Kurs im Kampf gegen die organisierten Kriminalität und Ge-
714 walttäter. Die Sicherheitskette von der Polizei bis hin zur unter Verantwortung von Justiz-
715 senator Heilmann stehenden Justiz wird hier konsequent umgesetzt.

716 Sorgen bereitet uns die mit der Globalisierung einhergehende Eigentumskriminalität, die
717 in den letzten Jahren bundesweit stark zugenommen hat. Insbesondere das Kriminalitäts-
718 phänomen des Wohnraumeinbruchs hat, aufgrund des damit regelmäßig einhergehenden
719 tiefen Eingriffs in die Privatsphäre des Opfers, starken Einfluss auf das Sicherheitsempfin-
720 den der Menschen. Die Polizei hat die Bekämpfung von Einbrüchen zu einem der strategi-
721 schen Schwerpunkte bei der Verbrechensbekämpfung erklärt. Sie hat eine Reihe von Maß-
722 nahmen ergriffen, zu denen u.a. auch die kostenlose Beratung von Bürgerinnen und Bür-
723 gern gehört, die bereits erste Erfolge gebracht haben. Insbesondere aber auch neue Hospi-
724 tationsabkommen mit Bulgarien und Rumänien zum Zwecke des Erfahrungsaustausches
725 zeigen, dass die Polizei auch hier bereit ist, neue Wege zu gehen. Dies unterstützen wir
726 ausdrücklich.

727 ***Wertedialog.***

728 Für die CDU-Fraktion sind Sicherheit und Ordnung in der Zukunft so unverhandelbar wie
729 in der Gegenwart. Das entschiedene Eintreten für diese Grundwerte ist gerade in großen
730 Städten mit heterogenen Einwohnergruppen, in denen Lebenswirklichkeiten und gesell-
731 schaftliche Konflikte besonders hart aufeinanderprallen, unerlässlich. Das Leben ohne
732 Angst, also ein hohes individuelles Sicherheitsgefühl, ist die Grundlage allen gesellschaftli-
733 chen Zusammenlebens. In einer verdichteten Lebenswelt mit hoher Bevölkerungskonzent-
734 ration brauchen wir nicht nur ausreichend Polizisten auf den Straßen, sondern auch einen
735 gemeinsamen Wertekompass für ein friedliches und gedeihliches Zusammenleben. Nach
736 einer Reihe von erschütternden Gewalttaten in unserer Stadt – darunter die Verbrechen
737 an Burak B. und Jonny K. sowie der Überfall auf Rabbiner Alter – hat Innensenator Henkel
738 das Thema Werte in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte gerückt. Unter dem Titel

739 "Gewalt hat keinen Wert. Du schon." führt er einen Dialog zu Werten und gegenseitigem
740 Respekt. Ziel des Wertedialogs ist es, nicht über junge Menschen zu sprechen, sondern mit
741 ihnen. Dabei sollen junge Berlinerinnen und Berliner in ihrem Engagement gegen Gewalt
742 gestärkt werden, indem gemeinsam mit ihnen Antworten auf die Frage gesucht werden,
743 wie Gewalt verhindert werden kann. Die CDU-Fraktion begrüßt diesen Weg und unter-
744 stützt seine Fortsetzung nachdrücklich. Der Wertedialog ist ein weiterer Bestandteil zu-
745 kunftsorientierter Sicherheitspolitik.

746 **Sauberkeit.**

747 Außerdem steht die CDU dafür, heruntergekommene, verwaarloste Straßenzüge, die als
748 Keimzellen der Kriminalität fungieren, wieder auf Vordermann zu bringen. Wir wollen kei-
749 ne Rückzugsorte für kriminelle Machenschaften dulden. Dazu gehört neben einem Min-
750 destmaß an Sauberkeit auch die Förderung einer kriminalpräventiven Gestaltung von öf-
751 fentlichen Straßen und Plätzen, wie auch von Grün- und Parkanlagen.

752 Dass das äußere Erscheinungsbild eines Straßenzuges direkten Einfluss auf das Vorkom-
753 men von Kriminalität und die Normenkonformität des Verhaltens der dort lebenden Men-
754 schen hat, ist wissenschaftlich anerkannt. Deshalb ist es uns wichtig, das friedliche Zu-
755 sammenleben in unserer Stadt auch durch ein aufpoliertes Erscheinungsbild zu fördern.
756 Dazu gehört auch ein konsequentes Vorgehen gegen illegale Graffiti-Sprayer und Um-
757 weltverschmutzer.

758 **Finanzen.**

759 Seit die Union wieder mitregiert, wurde kein Cent neue Schulden aufgenommen und wur-
760 den Altschulden in Größenordnung getilgt. Damit auch spätere Generationen politisch
761 handlungsfähig sind, steht für uns die Rückführung der Verschuldung ganz oben auf der
762 Agenda. Dauerhafte Solidität in der Haushalts- und Finanzpolitik gibt es nur mit der CDU.
763 Dieser seriösen Haushaltspolitik fühlen wir uns auch weiterhin verpflichtet, um die Hand-
764 lungsspielräume für die politische Gestaltung der Zukunft selbst zu schaffen.

765 Bei der für 2019 angestrebten Neuordnung der Finanzbeziehungen des Bundes und der
766 Bundesländer werden wir für eine Berliner Perspektive streiten und werben. Im bundes-
767 deutschen Finanzföderalismus darf Solidarität keine Einbahnstraße sein. Bayern hat über

768 Jahrzehnte von der Unterstützung anderer Länder profitiert. Heute ist die Sicherstellung
769 einer vitalen und leistungsfähigen Hauptstadt Berlin eine Aufgabe von nationaler Tragwei-
770 te.

771 ***Wachstumsfonds Infrastruktur.***

772 Bisher agiert der Senat mutlos bei der konkreten Lösung der Herausforderungen der
773 wachsenden Stadt für die Infrastruktur. Die Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung und
774 Finanzen haben bisher ausschließlich Lösungen vorgeschlagen, die die bisherigen Investi-
775 tionsplanungen nur anders verteilen, aber nicht deutlich mehr Geld einsetzen. Notwendig
776 ist neben privaten Investition auch neues öffentliches Kapital, um die Stadt von Morgen
777 bürgernah und funktionabel auszustatten.

778 Damit dies auch passend finanziert werden kann, schlagen wir vor, einen Wachstumsfonds
779 zu bilden (dieser speist sich aus den Mehreinnahmen durch das Bevölkerungswachstum),
780 um Mittel für öffentliche Infrastruktur und Bildungseinrichtungen den Bezirken und den
781 damit betroffenen Leistungserbringern zur Verfügung zu stellen. Auch das wichtige Thema
782 Klimaneutralität und energetische Sanierung kann über diesen Weg eine neue Dynamik
783 erhalten.

784 Die Stadt profitiert finanziell von jedem Neu-Berliner – genau genommen mit 2.600 Euro
785 pro Jahr. Diese Größenordnung kann und muss man auch investieren. Nicht zuletzt das
786 Zensusergebnis hat eindrucksvoll vor Augen geführt, wie entscheidend das ist. Die CDU-
787 Fraktion tritt daher dafür ein, das aus dem Bevölkerungswachstum resultierende zusätzli-
788 che Geld für Investitionen in die Stadt zu nutzen.

789 Mit diesem von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Wachstumsfonds für Investitionen in
790 Infrastruktur kann ein konkreter Beitrag geleistet werden, dass alle Berliner von der wach-
791 senden Entwicklung der Stadt sichtbar profitieren.

792 Für das Jahr 2013 bedeutet dieses Modell konkret: 50.000 zusätzliche Einwohner sorgen
793 für ein zusätzliches finanzielles Volumen von rund 130 Mio. Euro. Hieraus könnten 10
794 Grundschulen, und 20 Kitas sowie einige KM Straße instandgesetzt werden.

795 Damit die Gelder mittelfristig verfügbar und zielgerichtet eingesetzt werden, wird ein
796 Sondervermögen eingerichtet, aus dem die Bezirke und definierte Einrichtungen die Mittel

797 abrufen können. Dieses Sondervermögen ersetzt nicht bestehende Finanzierungswege
798 sondern ergänzt und verstärkt diese. Es geht uns nicht um eine andere Form der Infra-
799 strukturfinanzierung sondern um die Finanzierung von mehr Infrastruktur und energeti-
800 scher Sanierung durch neue Wege. Damit wäre auch ein Anreiz verbunden, offener für
801 neue Berliner zu sein und gleichzeitig schafft man einen Nutzen für alle, da die Infrastruk-
802 tur deutlich verbessert werden würde. Die CDU-Fraktion ist dazu bereit, kurzfristig die
803 dafür notwendige parlamentarische Grundlage zu beschließen.

804 **Handlungsfeld Wohlfühlen - Mein Berlin: Gepflegt in die Zukunft.**

805 ***Zwischenbilanz Wohlfühlen.***

806 Berlin ist eine attraktive Metropole und wird kontinuierlich attraktiver. Das liegt auch da-
807 ran, dass wir die Stärken der Stadt konsequent stärken und die Rahmenbedingungen wei-
808 ter verbessern. Dabei setzen wir Akzente, bei Kunst und Kultur, in der Seniorenpolitik, der
809 Integration, im Sport. Berlin ist unendlich vielfältig, wenn Freizeit kreativ gestaltet werden
810 will. Um Kunst, Kultur, Sport und anderes nutzen zu können, wird hier ein Faktor fokus-
811 siert: Gesundheit.

812 ***Ärzteversorgung.***

813 Berlin leidet nicht unter Ärztemangel, sondern an deren ungleicher Verteilung auf der
814 Ebene der Berliner Bezirke. Das führt zu Fehlallokationen bei den ärztlichen Versorgungs-
815 angeboten für die Bevölkerung mit allen damit verbundenen Beschwerden für die Pati-
816 entinnen und Patienten. Die CDU-Fraktion unterstützt Gesundheitssenator Czaja darin,
817 einen gerechten Ausgleich zwischen den Bezirken zu erreichen. Wir treten ein für eine
818 gleichmäßigere und bedarfsgerechtere Versorgung mit Ärzten.

819 Deshalb begrüßt die CDU-Fraktion, dass bereits 2013 das gemeinsame Landesgremium auf
820 der Grundlage des § 90a SGB V für eine bessere Versorgungssteuerung gebildet wurde.
821 Ihm gehören die Kassenärztliche Vereinigung, verschiedene Kassen sowie Kammern und
822 Verbände an. Diese einigten sich auf ein Konzept für die ambulante Bedarfsplanung aller
823 12 Berliner Bezirke unter Berücksichtigung bestimmter Parameter, wie z. B. der Bevölke-
824 rungszahl, der Sozial- und Morbiditätsstruktur sowie der demografischen Entwicklung. Die
825 CDU-Fraktion sieht es als geeignetes Instrument, um erhebliche Umverteilungseffekte
826 zum Wohle der Berlinerinnen und Berliner zu ermöglichen. Bereits jetzt konnte die konti-
827 nuierliche Abwanderung von Arztpraxen aus sozial schwächeren Bezirken in sozial besser
828 gestellte mit Erfolg gestoppt werden. Das hält die CDU-Fraktion - nach vielen Jahren zu-
829 nehmender ungerechter Verteilung unter den Vorgängerregierungen - für einen äußerst
830 wichtigen Schritt, um einer gerechten und dem Bedarf entsprechenden ambulanten medi-
831 zinischen Versorgung endlich näher zu kommen.

832 **Krankenhausversorgung.**

833 Vor allem hochaltrige Menschen benötigen eine abgestimmte Versorgung, weil in dieser
834 Lebensphase die chronischen und degenerativen Erkrankungen zunehmen.

835 Darauf muss sich auch die Krankenhausversorgung vorbereiten, will sie den Qualitätser-
836 wartungen der Patientinnen und Patienten gerecht werden. Diese wünschen sich eine qua-
837 litativ hochstehende fachärztliche Versorgung, gute Pflege und Zuwendung durch ge-
838 schulte Fachkräfte, ausreichende Aufklärung, eine tadellose Krankenhaushygiene sowie
839 Barrierefreiheit in den Einrichtungen.

840 Deshalb unterstützen wir die stärkere Ausrichtung des neuen Krankenhausplanes nach
841 Qualitätskriterien und begrüßen, dass diese Kriterien schon jetzt in der Krankenhauspla-
842 nung für 2016 bis 2019 berücksichtigt werden. Dazu gehören ebenso geriatrische Versor-
843 gungskonzepte, höhere Anforderungen an die Notfallversorgung sowie die Umsetzung
844 von Qualitätskriterien bei der Ausweisung von Abteilungen im Krankenhausplan.

845 Damit die Krankenhäuser Planungssicherheit haben, streben wir einen weiteren Aufwuchs
846 an Investitionsfördermitteln an. Die Investitionsförderung wird zudem zukünftig vollstän-
847 dig auf leistungsbasierte Investitionspauschalen umgestellt. Auf Bundesebene wird die
848 Senatsverwaltung für Gesundheit für eine auskömmliche Refinanzierung von Personal-
849 entwicklungskosten im DRG-System eintreten.

850 Das Vertrauen der Berlinerinnen und Berliner in die Sicherheit und Leistungsfähigkeit der
851 Krankenhäuser ist zu stärken. Dazu gehört die Fortsetzung der Transparenzoffensive
852 ebenso wie die Patientenforen, wie z. B. zur Qualifizierung des Entlassungsmanagements.
853 Es war richtig, bereits zu Anfang der Legislaturperiode eine neue Hygieneverordnung in
854 Kraft zu setzen, die den gestiegenen Ansprüchen Rechnung trägt. Ein weiterer Fortschritt
855 ist, dass Bauvorhaben nur noch genehmigt werden, wenn Barrierefreiheit für die Patien-
856 tinnen und Patienten garantiert ist. Das hilft insbesondere den Hochbetagten und den
857 Menschen mit Behinderungen.

858 Die Übergänge vom Krankenhaus zu komplementären Versorgungsanbietern müssen bes-
859 ser organisiert werden. Mit Nachdruck muss an den sektorübergreifenden Versorgungs-
860 ketten gearbeitet werden, um für die Patientinnen und Patienten die Übergänge von der
861 stationären Versorgung in die ambulante - einschließlich Reha und Pflege - zu erleichtern

862 sowie Versorgungslücken zu vermeiden. Das soll insbesondere den geriatrischen Patienten
863 zugutekommen und ihnen helfen, so lange als möglich ihre Selbstständigkeit zu bewahren.

864 Doch Berlin wird nicht nur größer und älter, sondern auch bunter. Viel mehr Menschen mit
865 Zuwanderungsgeschichte als in den Jahren zuvor werden unser Gesundheitssystem in An-
866 spruch nehmen. Deshalb muss die Interkulturelle Öffnung der Krankenhäuser weiter vo-
867 rangetrieben werden, um den wachsenden Bedarfen Rechnung zu tragen. Damit wird auch
868 ein wichtiges Gesundheitsziel der Landesgesundheitskonferenz erfüllt.

869 **Pflege.**

870 Mit zunehmendem Alter steigt auch die Wahrscheinlichkeit, pflegebedürftig zu werden.
871 Notwendig sind daher zukünftig deutlich mehr qualifizierte Altenpflegerinnen und Alten-
872 pfleger. In Berlin waren im Jahr 2011 über 40.000 Personen in Pflegeeinrichtungen be-
873 schäftigt. In anderen Bundesländern zeichnet sich bereits jetzt ein bevorstehender Perso-
874 nalmangel im Pflegebereich ab. Herausforderungen, geeignetes Personal zu finden, beste-
875 hen derzeit besonders im Bereich der ambulanten Pflege und teilweise in der stationären
876 Altenpflege.

877 Wir brauchen mehr Männer und Frauen, die sich für diesen zwar herausfordernden, aber
878 abwechslungsreichen und sinnstiftenden Beruf entscheiden und diesen dann auch über
879 einen längeren Zeitraum ausüben. Der Bedarf steigt mit der Zahl der immer älter werden-
880 den Menschen in Berlin weiter an. In Berlin konnte der Bedarf an Altenpflege-Fachkräften
881 in den Jahren 2012 bzw. 2013 nicht gedeckt werden. In den vergangenen zwei Jahren ka-
882 men auf 100 gemeldete Arbeitsstellen 63 bzw. 62 Arbeitssuchende. Setzt sich diese Ent-
883 wicklung fort, könnten in Berlin bis 2030 rund 20.000 Arbeitnehmer in Vollzeit in ambulan-
884 ten und stationären Pflegeeinrichtungen fehlen.

885 Gesundheitssenator Czaja ist es zu verdanken, dass bereits wichtige Schritte zur Verbesse-
886 rung der Situation der Altenpflege vorangegangen sind. Die CDU-Fraktion setzt sich zum
887 Ziel, mehr Menschen für das Berufsbild der Pflegekraft zu begeistern und Auszubildende
888 und Umschüler zu motivieren, den Beruf zu ergreifen.

889 ■ Wir setzen uns für eine Aufwertung der Profession der Pflege und eine Stärkung der
890 positiven Außenwahrnehmung des Berufsstandes ein. In der vom Bund initiierten

891 „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege 2012-2015“ haben sich die
892 Vertragspartner (Bund, Länder und Verbände) verpflichtet, die gesellschaftliche Be-
893 deutung des Berufsfeldes Altenpflege durch intensive Öffentlichkeitsarbeit zu fördern.
894 Mit der Kampagne „Gepflegt in die Zukunft“ ist Berlin als einer der Vorreiter dieser
895 Verpflichtung nachgekommen und wird diese Offensive weiter ausbauen.

896 ■ Weitere wichtige Schritte für die Stärkung des Pflegeberufes sind: Zugang zur Pflege-
897 ausbildung erleichtern und das Schulgeld schrittweise abschaffen; Stärkung der Quali-
898 tät der Pflegeausbildung; Entlastung der Praxisanleiter; Errichtung einer Pflegekammer
899 und Anerkennung der Pflegeberufe durch eine höhere Vergütung.

900 **Handlungsfeld Wir-Gefühl – Mein Berlin: nicht ohne mich**

901 ***Zwischenbilanz Wir-Gefühl.***

902 Unsere Gesellschaft befindet sich seit geraumer Zeit im Umbruch. Lebenswelten differen-
903 zieren sich immer stärker aus. Die Stichworte hierzu lauten Heterogenisierung und Indivi-
904 dualisierung. Zusammenhalt und Zusammengehörigkeit sind jedoch seit jeher eine Stärke
905 Berlins – zu Zeiten der Teilung der Stadt wie auch nach der Wiedervereinigung in Frieden
906 und Freiheit.

907 Zuletzt hat die Volksabstimmung über das Tempelhofer Feld deutlich vor Augen geführt,
908 dass es viele Menschen in Berlin umtreibt, was in der Stadt passiert und wie es mit der
909 Metropole weitergeht. Die Politik ist gut beraten, dies nicht als Bedrohung sondern als
910 Resonanzboden für Austausch und Diskurs zu verstehen. Eine Lehre aus dem Volksent-
911 scheid Tempelhof lautet, die Bürger künftig frühzeitiger an Planungen insbesondere von
912 Großprojekten zu beteiligen.

913 ***Berlin-Forum 2.0.***

914 Unseren Weg bündeln wir in einem integrierten Konzept Berlin-Forum 2.0. Bürgerinnen
915 und Bürger können mehr als wählen, zustimmen oder protestieren. Wann immer sie Mit-
916 verantwortung übernehmen, gewinnen Planungen und Entscheidungen schon im Vorfeld
917 an Qualität, Transparenz, Verbindlichkeit und Verlässlichkeit. Das „Berlin-Forum 2.0“ ist
918 Bestandteil einer neuen Kultur der Zusammenarbeit zwischen Bürgerinnen und Bürgern
919 einerseits und den politischen Entscheidungsträgern andererseits. Diese Kultur hat sich in
920 einer Reihe von stadtentwicklungspolitischen Einzelfällen in unterschiedlichen Erschei-
921 nungsformen bereits bewährt, denn Berlin ist eine Stadt zum Mitmachen.

922 Die CDU-Fraktion erneuert ein bereits Ende 2012 beschlossenes – und vom Koalitions-
923 partner seinerzeit abgelehntes – Konzept, wonach der Senat unter Federführung des
924 Stadtentwicklungssenators ein übergeordnetes strategisches Partizipationsangebot
925 schafft, das eine wirksame bürgerschaftliche Zusammenarbeit und Mitverantwortung ge-
926 währleistet. Im Ergebnis soll die bürgerschaftliche Mitsprache im Rahmen eines „Berlin-

927 Forums 2.0“ gebündelt werden, das wesentliche stadtentwicklungspolitische Entscheidun-
928 gen des Senats und des Abgeordnetenhauses vorbereitend begleitet.

929 Die ernsthafte und wirksame bürgerschaftliche Mitverantwortung verlangt die frühzeitige
930 Zusammenarbeit zwischen Entscheidern und Bürgern. Sie dient der Vorbereitung von poli-
931 tisch zu treffenden Entscheidungen und ist im Fall des „Berlin-Forums 2.0“ strikt zu tren-
932 nen vom Ablauf der Entscheidungen selbst.

933 Bürgerschaftliche Mitverantwortung fordert Entscheidungen heraus und will sie nicht ver-
934 hindern. Es geht hierbei nicht um eine Alternative zu den Entscheidungsabläufen einer
935 parlamentarischen Demokratie. Und nicht jedes Themenfeld eignet sich für dieses Format.
936 Es geht aber um eine stärkere, eine neue Ausgestaltung der Rolle von Bürgerinnen und
937 Bürgern im Vorfeld politischer Entscheidungen. Durch ihre verstärkte Einbeziehung stär-
938 ken wir die Aufmerksamkeit und Akzeptanz für stadtentwicklungspolitische Entscheidun-
939 gen.

940 ***Beteiligungsformate.***

941 Unsere Demokratie braucht eine neue Kultur der Kooperation zwischen verantwortungs-
942 bereiten, interessierten Bürgern und Entscheidern. Bürger sind auch die für das gemein-
943 same Ganze Mitverantwortlichen. Städtische Projekte gehören nicht allein der Politik. Um-
944 fangreiche Planungs- und Entscheidungsprozesse sind anders und besser vorzubereiten.
945 Rechtzeitig und klug einbezogen, kann die Mitverantwortung kundiger Bürger komplexe
946 Vorhaben klären und nachhaltig stabilisieren helfen.

947 Gleichzeitig gilt es, nicht in Alleingängen und Schnellschüssen nach dem Volksentscheid
948 Tempelhof zu agieren. Die Bereitschaft, sich auf einen offenen Meinungs austausch,
949 gleichberechtigt und auf Augenhöhe einzulassen und dabei alle Akteure auf einer Ebene zu
950 sehen, wird ein Gradmesser für die Bereitschaft sein, bürgerschaftliche Mitverantwortung
951 bei der Vorbereitung von Entscheidungen mit Leben zu füllen. Ob über die Leitgedanken
952 des Berlin-Forums 2.0 weitere Beteiligungsformate notwendig sein werden, steht dabei am
953 Ende und nicht am Anfang eines solchen Diskussionsprozesses. Vordringlich geht es da-
954 rum, den richtigen –nämlich frühen- Zeitpunkt zu wählen. Es besteht kein Mangel an der
955 Quantität von Formaten, Entwicklungspotentiale sind in der Qualität zu heben. In diesem

956 Licht ist Zurückhaltung bei Bestrebungen einer hastigen Änderung der Berliner Landesver-
957 fassung geboten.

958 ***Bürgerschaftliches Engagement.***

959 Betroffene zu Beteiligten zu machen ist mehr als Krisenkommunikation. Ohne unzählige
960 Menschen, die sich freiwillig für das Gemeinwohl und das Miteinander engagieren, kann
961 eine Stadt nicht funktionieren. Dieses tagtägliche Engagement würdigen wir, seit dieser
962 Legislaturperiode auch indem neuen Parlamentsausschuss für bürgerschaftliches Engage-
963 ment. Wir wollen einen offenen Gedankenaustausch darüber, wie wir die parlamentarische
964 Verankerung des bürgerschaftlichen Engagements weiter stärken können, um den Ehren-
965 amtlichen ihre verdiente Aufmerksamkeit zu geben und die Relevanz, die sie für die Stadt
966 haben, auch im Parlament abzubilden.

967 **Mein Berlin – Wirtschaft, Wohnen, Wissen, Werte, Wohlfühlen und ... Wir-**
968 **Gefühl**

969 Die Gestaltung Berlins ist kein Projekt, das die öffentliche Hand alleine realisieren könnte
970 oder sollte. Wir fördern neue Partnerschaften öffentlicher und privater Akteure (nPPPs),
971 ein neues Miteinander für Berlin, involvieren die Stadt und laden Partner ein, die Stadt mit
972 zu gestalten. Wer sich dieser neuen Interaktion aus ideologischen Gründen verschließt,
973 riskiert die Zukunftsfähigkeit Berlins.

974 **Handlungsfeld Wirtschaft.** Kreativ, innovativ, mit Start-ups und Traditionsunternehmen
975 schaffen wir den Wandel zur wirtschaftsstarken Smart City. Dabei sind wir offen für Neues:
976 neue Orte, neue Technologien, neue Ideen, neues Kapital, neue Arbeitsformen, neue Ver-
977 antwortung der Senatsverwaltung für Wirtschaft.

978 **Handlungsfeld Wohnen.** Etwas Neues kann Erhalt und Veränderung sein. So passen Wohn-
979 quartiere der Zukunft und Transformationsräume zusammen mit energetischer Sanierung
980 und altersgerechtem Wohnen. Neue Wege bei Maßnahmen zur Klimaneutralität vereinen
981 Erhalt und Veränderung. Neu ist auch das breitere Bündnis für Wohnen, das Akzeptanz
982 schaffen soll.

983 **Handlungsfeld Wissen.** Die kinderfreundlichste Metropole des Landes gestaltet die Bil-
984 dungspolitik ideologiefrei zum Wohle von Kindern, Schülern und Eltern. Kitausbau und
985 die Weiterentwicklung der Schulen zu den schönsten öffentlichen Gebäuden im Kiez
986 schaffen den Rahmen von Individualität statt Gängelung, Qualität und Chancengerechtig-
987 keit. Der Rahmen für Lehrer, Lernplan und Digitalisierung wird modernisiert.

988 **Handlungsfeld Werte.** Unsere Werte sind selbstverständlich und von allen zu wahren. Per-
989 sönliche Freiheit und Freiräume enden beim Übertreten von Recht und Gesetz. Wir zeigen
990 klare Kante bei der Einhaltung von Ordnung und Sicherheit. Wir sagen der öffentlichen
991 Verwahrlosung den Kampf an und schützen die Bürgerinnen und Bürger wirksam vor Ver-
992 brechen. Bei allem Neuen bleibt die CDU-Fraktion und die Union der Garant für innere
993 Sicherheit und inneren Frieden.

994 **Handlungsfeld Wohlfühlen.** Wir stärken die Stärken der Stadt und investieren zum Wohle
995 aller in die Gesundheit. Das führt zu konkreten Verbesserungen bei der Ärzteversorgung in
996 den Bezirken, der Krankenhausfinanzierung und der Qualität der Pflege.

997 **Handlungsfeld Wir-Gefühl.** Bürgerinnen und Bürgern bekommen eine neue Rolle im Vor-
998 feld politischer Entscheidungen. Durch ihre verstärkte Einbeziehung stärken wir die Auf-
999 merksamkeit und Akzeptanz für stadtentwicklungspolitische Entscheidungen und insge-
1000 samt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

1001 **Zukunft findet Stadt – Mein Berlin. Dein Berlin. Unser Berlin.**

1002 Berlin ist eine Stadt im Umbruch, eine Stadt der Freiheit. Eine Stadt, die wachsender Ort
1003 für Wirtschaft, Wohnen, Wissen, Werte und Wohlfühlen ist. Eine Stadt, die beispielgebend
1004 für einen neuen gesellschaftlichen Zusammenhalt – ein neues Wir-Gefühl – sein kann.

1005 Die CDU-Fraktion hat die gesamte Stadt im Blick. Berlins viele Mitten, am Alex, Potsdamer
1006 Platz oder Kurfürstendamm. Aufstrebende und sich verändernde Bezirke wie Lichtenberg
1007 oder Neukölln. Die ganze Breite von traditionellen Regionen wie Tempelhof-Schöneberg,
1008 Reinickendorf und Treptow-Köpenick mit Friedrichshain-Kreuzberg als Kontrapunkt. Und
1009 die Ränder, ohne die es keine Mitte gäbe – von Spandau bis Marzahn, von Pankow bis
1010 Steglitz-Zehlendorf.

1011 Zukunft findet Stadt bildet die Vielfalt dieser Metropole Berlin ab. Eine internationale,
1012 eine bunte, eine sich verändernde Stadt, die wie kaum eine andere Metropole für Freiräu-
1013 me und Freiheit steht.

1014 In dieser langen Tradition soll in Berlin „jeder nach seiner Facon seelig werden.“ (Friedrich
1015 der Große, 1740). Weitere Epochen interpretieren Freiheit und Freiräume spezifisch für
1016 ihre jeweilige Zeit: die goldenen Zwanziger, das freiheitliche West-Berlin, die wilden 90-
1017 ziger Jahre nach der Wiedervereinigung mit Love Parade und "Schaustelle Berlin".

1018 Die CDU-Fraktion bekennt sich zu dieser weltoffenen und toleranten Freiheit und begreift
1019 den Wandel der Metropole als Chance. Freiheit und Freiraum im 25. Jahr der Wiederverei-
1020 nigung der Stadt spiegelt sich in allen Handlungsfeldern wider. Wirtschaft, Wohnen, Wis-
1021 sen, Werte, Wohlfühlen – mit einem neuen Wir-Gefühl. Wo sonst als in Berlin soll dies
1022 möglich sein?

1023 **Mein Berlin ist Dein Berlin ist Unser Berlin. Zukunft findet Stadt!**

